

G7 fordern KI-Standards, Milliardenschäden wegen Unwetter in Italien, Steuereinnahmen sinken deutlich

G7 fordern KI-Standards

Eine dringende Befassung mit den Gefahren und Chancen von Künstlicher Intelligenz (KI) haben die G7-Staaten angemahnt. Notwendig sei eine unverzügliche Bestandsaufnahme bei den sich schnell verbreitenden selbst lernenden Systemen wie dem Chatbot ChatGPT, heißt es in der Abschlusserklärung des G7-Gipfels im japanischen Hiroshima. Dazu gründeten die G7 eine Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen von Urheberrechtsschutz bis zur Nutzung von KI für Desinformation durch ausländische Mächte befassen soll. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Milliardenschäden wegen Unwetter in Italien

Traurige Nachrichten aus Italien: Die heftigen Regenfälle und Überschwemmungen in der italienischen Adria-Region Emilia Romagna haben dramatische Folgen. Die Schäden durch das Unwetter und Erdrutsche beliefen sich auf einige Milliarden Euro, so Vize-Präsidentin der Emilia-Romagna, Irene Priolo, am Samstag (20.05.2023). Fast 100 Gemeinden seien in den vergangenen Tagen von den Schäden durch die Unwetter betroffen gewesen. Auch andere italienische Regionen sind von Unwettern betroffen. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Steuereinnahmen sinken deutlich

Im April 2023 sind die Steuereinnahmen von Bund und Ländern erneut deutlich zurückgegangen. Sie summierten sich auf 53,95

Milliarden Euro, ein Minus von 4,6 Prozent zum Vorjahr, wie aus dem am Freitag (19.05.2023) veröffentlichten Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht. In den ersten vier Monaten zusammen sanken die Steuereinnahmen um 2,3 Prozent auf knapp 254 Milliarden Euro. Das Finanzministerium verwies zur Begründung auf die jüngsten Entlastungen von Unternehmen und Haushalten im Zuge der hohen Inflation und der zwischenzeitlichen Energiekrise. Die jüngste Steuerschätzung war vergangene Woche überraschend schlecht ausgefallen. Für die Jahre bis 2027 müssen Bund, Länder und Gemeinden demnach mit 148,7 Milliarden Euro weniger auskommen als noch im Herbst 2022 angenommen. Allein beim Bund fallen die Einnahmen um 70,2 Milliarden Euro geringer aus. ([Der Tagesspiegel](#))